



Sozialpreis 2007

Die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers setzt sich für die Verbesserung der sozialen und rechtlichen Situation von Menschen ohne Aufenthaltsbewilligung ein. Sie orientiert ihre Arbeit an den Grund- und Menschenrechten und respektiert die Selbstbestimmung der Sans-Papiers. 2007 führte sie 522 Beratungen zur Lösung vielfältigster Alltagsprobleme durch. Mit Besorgnis verfolgt sie die politischen Debatten zum Thema Scheinehe. Die Missbrauchsbekämpfung darf nicht dazu führen, dass alle Sans-Papiers vom Grundrecht auf Ehe ausgeschlossen werden.

2005 eröffnet, erfüllt die Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers heute eine im Raume Bern nicht mehr wegzudenkende soziale Aufgabe. Sie beriet im vergangenen Jahr 200 Männer, Frauen und Familien, die hier leben und arbeiten ohne eine Aufenthaltsbewilligung zu besitzen. Diese Personen sind in ihrem Alltag mit einer Vielfalt von Problemen konfrontiert. Mit keinem ihrer Anliegen wenden sie sich an die Behörden, da sie Gefahr laufen oder zumindest Angst davor haben, aus der Schweiz ausgeschafft zu werden. Der Sozialhilfestopp im revidierten Asylgesetz führt zunehmend zu einer neuen Gruppe von Hilfesuchenden mit ganz spezifischen Problemen.

Hauptmotiv ist immer die Hoffnung, doch noch zu einem geregelten Aufenthalt zu gelangen. Die Abklärungen und Erfahrungen der Beratungsstelle zeigen jedoch, dass dies heute in der Schweiz fast unmöglich geworden ist. Härtefallgesuche – 2001 von den Bundesbehörden als die adäquate Lösung des Problems angepriesen – werden heute nur noch in absoluten Extremfällen bewilligt. Im täglichen Leben suchen Sans-Papiers deshalb Beratung und Hilfe betr. Gesundheit, Krankenkasse und Sozialversicherungen, Arbeit, Schule und Bildung, Nothilfe etc. Marianne Kilchenmann, die Stellenleiterin, erfährt immer wieder, wie wichtig und entlastend es für diese Menschen ist, mit einer Vertrauensperson ihre Lebenslage besprechen zu können. Oft können keine wirklichen Lösungen gefunden werden. Gemeinsam und dank guter Vernetzung mit Behörden und vielen andern Akteuren sind aber kleine pragmatische Schritte möglich.

Der Verein Berner Beratungsstelle für Sans-Papiers wird getragen von Kirchen, Hilfswerken, Gewerkschaften und einer Vielzahl von Einzelpersonen. Grössere finanzielle Beiträge einiger Stiftungen sowie der Kirchen ermöglichten die 3-jährige Pilotphase. Dank eines Leistungsauftrages des SRK Kantonalverband Bern konnten die Dienstleistungen 2008 ausgebaut werden. Bekannte Personen aus verschiedensten Bevölkerungskreisen bilden den Beirat und stehen mit ihrem Namen und Statements hinter dieser Arbeit. Der Verein gibt zweimal jährlich eine Publikation "sans-papiers - das bulletin" heraus. Neu wird in Zusammenarbeit mit den andern Anlaufstellen der Deutschschweiz die Website www.sans-papiers.ch betrieben.

Heiraten wird bald nur noch mit einer gültigen Aufenthaltsbewilligung möglich sein. Dieses Ziel jedenfalls scheint eine Mehrheit unserer BundespolitikerInnen anzustreben. Begründet wird diese Massnahme damit, dass Scheinehen verhindert werden sollen. Es kommt vor, dass geheiratet wird, allein um dem Partner/der Partnerin eine Aufenthaltsbewilligung zu verschaffen. Die Beratungsstelle lernte jedoch schon viele Sans-Papiers kennen, die in der Schweiz ihren Lebenspartner/in gefunden haben. Diesen Menschen wird eine Eheschliessung (in der Schweiz) schlichtweg verweigert werden. Der Missbrauch eines Rechts durch eine kleine Minderheit darf nach Meinung der Beratungsstelle aber nicht zu einer Aufhebung des Grundrechts auf Ehe führen.